

Nach Obwalden

Bundesgerichtsurteil zum Obwaldner Steuergesetz

Das Bundesgericht hat am 1. Juni im Obwaldner Steuerstreit entschieden. Auch wenn es eini-ge noch nicht so recht glauben wollen und schon nach Änderung der Verfassung schreien, steht damit fest: Degressive Einkommens- und Vermögenssteu-ertarife sind unzulässig, weil sie das in der Verfassung als Grund-recht verankerte Leistungs-fähigkeitsprinzip (Art. 127 Abs. 2 BV) verletzen.

Markus Berger

Warum das so ist, liegt auf der Hand: Degression bei der Einkommens-steuer heisst nichts anderes, als dass der Staat auf jedem zusätzlich verdien-ten Franken weniger Steuern erhebt als auf dem bis zu dieser Höhe verdienten Einkommen. Der Durchschnittsteuer-satz (das heisst das Verhältnis der Steuer zum gesamten Einkommen) ist damit bei höheren Einkommen niedriger als bei tieferen Einkom-men. Das Leistungs-fähigkeitsprinzip verlangt aber, dass alle nach ihrer wirt-schaftlichen Leistungs-fähigkeit besteuert werden. Dass diese bei höheren Einkommen nicht abnimmt, sondern ansteigt, leuchtet ein. Nicht bera-tungsnahe und damit un-verdächtige Steuerrecht-ler waren sich, unabhän-gig von der politischen Couleur, schon lange dar-über einig, dass degressi-ve Tarife mit dem Leis-tungsfähigkeitsprinzip nicht zu vereinbaren sind. Das abgesehen von der Stimme eines SVP-Rich-ters einstimmig gefällte Urteil des Bundesgerichts vom 1. Juni 2007 über-rascht deshalb nicht.

Aber blicken wir an-derthalb Jahre zurück: Im ganzen Kanton Obwalden fand sich angesichts der erdrückenden Mehrheit, die dem neuen Steuergesetz zuge-stimmt hatte, kaum jemand, der sich getraut hätte, dem Bundesgericht das an sich Selbstverständliche vor-zutragen. Potentielle Beschwerdeführer wurden schon im voraus in

der Lokalpresse diffamiert: So war etwa im sonst eher gemütlichen Ob-waldner Wochenblatt in einem re-daktionellen Artikel vom «hiesigen Judas» die Rede, der «für nicht ein-mal dreissig Silberlinge die eigenen Landsleute vor den Kadi zerren wür-de». Die SVP Obwalden riet in einer Pressemitteilung «Verrätern» zum Umzug nach Schaffhausen. Und ein beschwerdewilliger Gewerkschafter wurde mit handfestem Druck davon abgehalten, den Rechtsweg zu be-schreiten. Wir können also von Glück reden, dass dank einiger unerschrockener Urschweizer das Bundesge-richt doch noch in die Lage versetzt wurde, dem Steuerstreit ein Ende zu bereiten und der Vernunft den Weg zu bahnen.

Nun könnte man/frau denken: Die Schlacht ist geschlagen, der Krieg ist beendet. Aber so ist es nicht. Neo-liberale Unvernunft regiert das Feld der kantonalen und auch der eid-genössischen Steuerpolitik. Schon kündigt Finanzdirektor Wallimann für den Kanton Obwalden den propo-rtionalen Tarif, die sogenannte Flat-Rate-Tax*, an. Dazu nur soviel: Dass

Einkommenssteuertarife bei sehr hohen Einkommen irgendwann ein-mal auf einen proportionalen Steu-ersatz einschnellen (so bei der di-rekten Bundessteuer ab rund 0,5 Mio. Einkommen), ist das eine. Ob es hin-gegen angeht, ein Einkommen von 40 000 Franken und ein solches von 160 000 Franken mit dem gleichen Steuersatz zu belasten, erscheint als sehr fraglich. Während nämlich die Familie mit einem Einkommen von 40 000 Franken hart an oder sogar unter der Grenze des Existenzmini-mums auf jeden Franken angewie-sen ist, sieht dies beim gehobenen Mittelständler ganz anders aus. Aber Obwalden kann offenbar nicht ein-mal das schriftliche Urteil des Bun-desgerichts abwarten.

Täuschen wir uns daher nicht: Der Kampf um die «attraktiven» Steu-erzahlerInnen, mit dem die Steuer-gerechtigkeit karikiert wird und die Kantone sich gegenseitig zum Scha-den der ganzen Volkswirtschaft die Finanzkraft abgraben, wird weiter-gehen. Das Degressionsverbot allein hindert die Kantone nicht daran, massiv unterschiedlich hohe Steuer-belastungen vorzusehen. So beträgt etwa die Steuer-belastung mit Kantons- und Gemeindesteuern bei hohen Einkommen in der «degressionsfrei-»en Schwyzer Steueroase Freienbach, Wohnort un-ter anderem von Martin Ebner, nicht einmal einen Drittel dessen, was Steuer-pflichtige in der Stadt Bern mit dem gleichen Einkommen an Steuern zu berappen hätten.

Wollen wir den ruinö-sen und von «normalen» Steuerzahlenden als ex-trem ungerecht empfun-denem Steuertourismus der Reichen und Super-reichen eindämmen, so gibt es keinen besseren Weg, als die von der SP Schweiz lancierte Steuer-gerechtigkeitsinitiative zu unterzeichnen. Noch ist Zeit dazu. Ein Zustan-dekommen der Initiative

wäre ein Signal in die richtige Rich-tung.

Markus Berger aus Wettingen ist Richter bei den Steuerrekurskommissionen des Kantons Zürich.

EDITORIAL

Steuern, was Recht ist

Katharina Kerr

Angesichts der Swissair-Frei-sprüche durch das Bezirksge-richt Bülach vom 7. Juni fällt

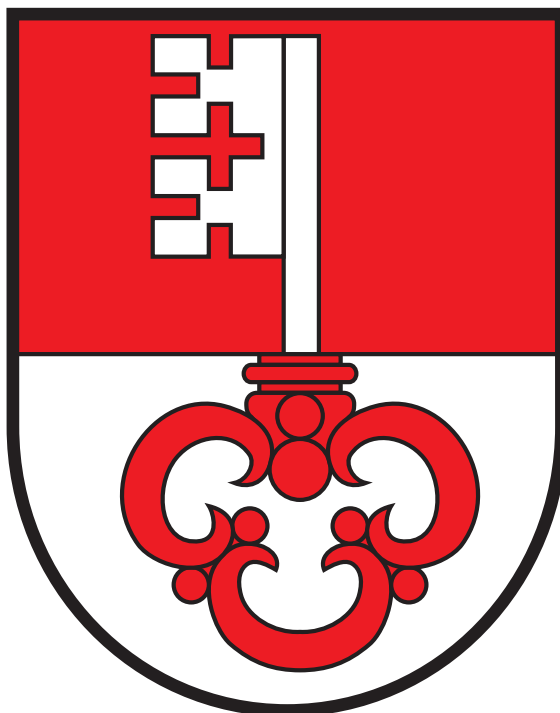


es schwer, das Recht als ge-recht zu wür-digen. Gerne würde man in den teuflischen Text des Mephis-to in Goethes

«Faust» einstimmen, der einem Schüler einredet: «Es erben sich Gesetz und Rechte/Wie eine ewige Krankheit fort; Sie schleppen von Geschlecht sich zu Geschlechte/Und rücken sacht von Ort zu Ort./Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage./Weh dir, dass du ein Enkel bist!/Vom Rechte, das mit uns geboren ist,/ Von dem ist, leider, nie die Fra-ge.» Um auch gleich zu verfüh-ren: «Am besten ists auch hier, wenn ihr nur Einen hört/Und auf des Meisters Worte schwört.» Was heisst: Rechtsstaat pfui, Führerkult hui! Also weg vom Teufel und hin zum Recht, was immer rechte Demagogen in Politik und Medien uns vor-schwärmen.

So auch beim Steuerurteil vom 1. Juni im Fall Obwalden, an dem mindestens drei Aargauer beteiligt waren: die Bundes-richter Adrian Hungerbühler (FDP), Robert Müller (CVP) und Andreas Zünd (SP). Schon ruft die SVP nach einer Verfassungs-änderung, die die Steuerunge-rechtigkeit institutionalisieren soll. Und Obwalden will die Flat-Rate-Tax einführen, ein Steuersystem, das auch im Aar-gau schon beantragt, als verfas-sungswidrig, mittelstands- und KMU-belastend erkannt wurde, dann aber mit Gegenvorschlag zur «flachen Ratte» im Novem-ber 2005 als Standesinitiative nach Bern geschickt wurde. Wo sie noch ruht. Solche Spiele: ohne uns! Wir wollen Recht und Gerechtigkeit. Und haben Besseres: Ein Referendum gegen Steuerungerechtigkeit.

Katharina Kerr aus Aarau ist SP-Gross-rätin und Redaktorin links.ag.



* Man spricht bezogen auf die Einkommensteu-er von einem proportionalen Tarif oder propor-tionaler Steuer, wenn alle Steuerzahlenden denselben prozentualen Anteil ihres Einkom-mens abführen müssen, unabhängig davon, wie hoch ihr Einkommen ist.

INTERVIEW

Obwalden im Aargau?

Katharina Kerr

links.ag: Marie-Louise Nussbaumer, die SP Aargau hat die kantonale Steuergesetzrevision 2006 bekämpft und verloren. Was ist falsch am revidierten Aargauer Steuergesetz?

Marie-Louise Nussbaumer: Das neue Gesetz begünstigt die Reichen durch Senkung der Einkommens- und Vermögenssteuer – je höher, umso mehr – und durch Privilegierung einer einzigen Sorte Einkommen, der Dividenden, die nur zu 40 Prozent besteuert werden. Und von den Entlastungen für juristische Personen – Halbierung der Kapitalsteuer und Senkung der Gewinnsteuer – profitieren nicht etwa die KMU, sondern die Grosskonzerne der Strom- und Chemiebranche sowie die Banken.



Hat das Bundesgerichtsurteil vom 1. Juni 2007 gegen die degressiven Tarife im Obwaldner Steuergesetz Folgen für den Aargau?

Mindestens den Vorstoss für degressive Tarife haben wir vorläufig nicht auf dem Tisch; über kurz oder lang wäre er sicher gekommen. Aber Ruhe gibt es deswegen noch lange nicht!

Die nun in Obwalden als Alternative geplante Flat-Rate-Tax ist im Aargauer Grossen Rat als FDP-Standesinitiative verwässert worden. Was ist an diesem System gut beziehungsweise schlecht?

Ein einfacheres Steuersystem und der Verzicht auf die kantonale Steuerhoheit, das wäre schon verlockend – wenn es gerecht und fair wäre. Leider ist dem nicht so. Der Mittelstand kommt unter die Räder, und Reiche zahlen zwar nicht weniger Steuern (wie beim degressiven System), aber auch nicht mehr. Und dank der Abzüge profitieren die Grossverdiener doppelt.

Marie-Louise Nussbaumer Marty aus Obersiggenthal ist als Grossrätin Mitglied der Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben und Gemeinderätin.

Das Alles hört ihr von den Anderen: **sozialistisch** **Alternative Energien** **kämpferisch** **Lohngleichheit** **emanzipiert** **ökologisch** **Schulsozialarbeit** **machtgeil** **interessiert** **Gleichstellung** **revolutionär** **Integrationskurse** **gerecht**

Nadja Olloz, 20
Cédric Wermuth, 21
Marty Meyer, 22
Patrick Tschudin, 18
Angelina Mazzocco, 19
Martino Locher, 19



Zukunft **soziale Sicherheit** **vernetzt** **Registrierung von Schusswaffen** **Politische Bildung**

Antje Petersen, 19

Pascale bewegt die BürgerInnen

Am 21. Mai 2007 wurde in Baden Pascales neues BürgerInnen-Büro eröffnet, in welchem die interessierten Aargauerinnen und Aargauer ein Mal monatlich mit ihr in Kontakt treten können.



Der Ort: im Bäderquartier, Baden. Staadhof (im 1. Stock), Kurplatz 1

Die Daten 2007 (jeweils Freitag von 15–19 Uhr): 8. Juni, 20. Juli, 10. August, 28. September, 19. Oktober, 2. November, 7. Dezember.

AGENDA

SP SCHWEIZ

23., 29./30. Juni: Bildungsveranstaltungen der SP

SP SCHWEIZ UND KANTONALPARTEIEN

29. Juni: Koordinationskonferenz, Olten

SP SCHWEIZ

30. Juni: Delegiertenversammlung, Olten

SP AARAU

7. Juli: Standaktion

Die Termine und weitere Veranstaltungshinweise und die Berichterstattung aus dem Grossen Rat finden sich unter der Rubrik «Agenda» bzw. «Grosser Rat» auf der Homepage der SP Aargau: www.sp-aargau.ch. Die dortige Terminliste wird laufend aktualisiert bzw. ergänzt.

IMPRESSUM

SP Aargau
 Bachstrasse 43/Postfach
 5001 Aarau
 Telefon 062 834 94 74
 Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch
 Redaktion: katkerr@katkerr.ch
 An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Markus Berger, Jeannette Egli (je.), Rosmarie Groux, Christine Haller, JUSO Aargau, Katharina Kerr, Claudio Marti, Marie-Louise Nussbaumer Marty.

SP ist die Frauenpartei

Frauenmobil und Tupperwareparties: Mit Volldampf in den Wahlkampf!

je. Die Gleichstellung kann nur im Zusammenwirken von Frauen und Männern erreicht werden. Dafür werden sich die SP Frauen gemeinsam mit den JUSO – und second@s-Frauen Aargau bei den eidgenössischen Wahlen 2007 einsetzen. Die Nationalratskandidatinnen sowie der partei- und gremienübergreifende Erfahrungsaustausch standen im Mittelpunkt der Vernetzungswerkstatt der SP Frauen vom 6. Juni in Aarau.

Nur ein Viertel aller National- und Ständeräte sind Frauen. Den Kampf gegen dieses Missverhältnis hat bisher vor allem die SP aufgenommen. Schon heute ist mehr als die Hälfte aller Parlamentssitze der Partei in Frauenhand. Konsequente Gleichstellung herrscht auch bei der SP Aargau. In der SP-Grossratsfraktion sind sogar zwei Drittel der Mitglieder Frauen. Gremien und Listen werden in der SP Aargau stets paritätisch besetzt, so auch für die Wahlen im kommenden Herbst. Zudem werden die Kandidatinnen speziell unterstützt. Sie werden an den Samstagen im September in einem originellen SP-Frauenmobil zu den Wahlveranstaltungen gefahren und von den SP-Frauen an «Tupperwareparty-ähnliche Wahlveranstaltungen» eingeladen.

Bei Tupperware-Parties organisiert eine Person in ihrem FreundInnen- und Bekanntenkreis eine Verkaufsparty. Dieses private Shopping hat sich auch auf andere Artikel (Schmuck, Putzmittel, etc.) sowie auf Prävention und Politik (Femme Tische) ausgeweitet. Da diese Art von Verkauf und Kommunikation vor allem von Frauen organisiert und benutzt wird, sehen die SP Frauen in dieser Form von Anlässen auch ein grosses Potential für politische Aufklärungsarbeit und politische Werbung von Frauen für Frauen. Für den Frauenwahlkampf zu den National- und Ständeratswahlen möchten die SP Frauen die Sektionen ermuntern, eine «Kennenlern-Party für Kandidatinnen» in einem persönlichen Rahmen zu organisieren. Dazu stellen die SP Frauen eine Checkliste zur Verfügung und stehen natürlich auch für eine persönliche Beratung zur Verfügung.

Darüber hinaus möchten die SP Frauen ihre Kandidatinnen herzlich dazu einladen, sie am 1. August zur

Feier von Micheline Calmy-Rey aufs Rütli zu begleiten.

Am 6. Juni 2007 trafen sich die SP-, JUSO- sowie second@s-Frauen Aargau unter dem Moto «mit Volldampf in den Wahlkampf!» zu einer Vernetzungsveranstaltung. Im Kanton Aargau sind Frauen in politischen Ämtern immer noch klar untervertreten. Auch wenn die SP Aargau bezüglich Frauenvertretung im Vergleich zu den anderen Parteien gut dastehe, dürfe frau nicht vergessen, dass Parität nicht geschenkt werde und auch

nicht ein für allemal hergestellt sei, so Frauensekretärin Jeannette Egli. Die SP-Frauen sind deshalb der Ansicht, dass Frauen-Vernetzung über die verschiedenen Gremien hinweg in der SP Aargau nach wie vor wichtig und notwendig ist.

Die Tupperware-Checkliste der SP Frauen Aargau kann auf unserer Homepage www.sp-aargau.ch heruntergeladen werden. Sie ist auch beim Frauensekretariat erhältlich (Jeannette Egli, Telefon: 062 834 74 77, jeannette.egli@sp-aargau.ch).

VIELFALT – BIODIVERSITÄT

Bemerken Sie die Abnahme der Vielfalt in Ihrer Umgebung? Die Abnahme von Lebensräumen, Tier- und Pflanzenarten? Hier wird ein Hausvorgarten asphaltiert oder mit Gneisbruchsteinen pflegeleicht und unkrautfrei gemacht, dort eine wilde Brombeerhecke entfernt und wöchentlich der Rasen, diese Visitenkarte aller Hobbygärtner, gemäht, geputzt und gepflegt. Überall grünt und blüht es. Aber grünt und blüht es auch einheimisch? Nein, denn an Stelle einheimischer Blütenpflanzen, Bienen und Schmetterlinge sind in vielen Gärten Buchsbäumchen und Ziervögel aus Metall zu bewundern. Zum Glück für die Natur werden Bäche wieder aus den Röhren befreit und in ihre natürlichen Läufe zurück-



geleitet sowie Retentionsbecken und Wasserrückhalteazonen gebaut, um die Wasserhochstände besser zu kontrollieren. Die Offenlegung der Bäche erfolgt zum Leidwesen aller Bewirtschafter des umliegenden Landwirtschaftsgebietes, wird nun doch die Anfahrt auf das Gelände schwieriger und beanspruchen der Bachlauf und seine Böschungen einiges Land. Die Anstrengungen zur Erhaltung intakter Lebensräume und vieler Tier- und Pflanzenarten dürfen aber nicht nachlassen. Ich wünsche mir auch im Mittelland farbige Blumenwiesen.

Rosmarie Groux ist Grossrätin, Vizeamtsfrau in Berikon und Nationalratskandidatin.

GENUG ENERGIE

Wird es möglich sein, die bestehenden Atomkraftwerke vom Netz zu nehmen und trotzdem genügend elektrische Energie zu haben? Ja, wenn wir dies wirklich wollen und wenn viele Disziplinen auf das gemeinsame zukunftsorientierte Ziel hinarbeiten! Die einzelnen Teilnehmer im Energiespiel sind: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Investoren, Banken und wir, die Bevölkerung. In der Politik müssen über die Parteigrenzen hinaus Koalitionen gefunden werden, damit die nötigen Rahmenbedingungen verankert werden können. Für die Wirtschaft ist unabdingbar, dass auf lange Zeit Planungssicherheit besteht. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Industrie, um Visionen in funktionierende



Maschinen und Geräte umzuwandeln. Die Wissenschaft hat die nötigen klugen Köpfe, um für die Steigerung der Energieeffizienz Technologien zu entwickeln. Damit solche neue Errungenschaften umgesetzt werden können, braucht es auch genügend Investoren, welche zukunftsweisend Geld investieren. Der Bevölkerung müssen wir anhand von praktischen Beispielen zeigen, dass Energieeffizienz mehr Lebensqualität bringt. Wie Ihr bin ich davon überzeugt, dass wir alle zusammen die Energiewende schaffen werden.

Christine Haller aus Reinach ist Grossrätin und Nationalratskandidatin.